

Landtag Rheinland-Pfalz
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/98

98. Sitzung

Mittwoch, den 6. Oktober 2010

Mainz, Deutschhaus

Landeshaushaltsgesetz 2011 (LHG 2011)

Gesetzentwurf der Landesregierung

– Drucksache 15/4996 –

Erste Beratung

dazu: Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für die Jahre 2010 bis 2014

Unterrichtung durch den Präsidenten des Landtags

– Drucksache 15/5000, Vorlage 15/5467 – 5791

*Die erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Drucksache 15/4996 –
wird mit der Aussprache in der 99. Plenarsitzung am 7. Oktober 2010 fortgesetzt.*

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Kurt Beck; die Staatsminister Frau Doris Ahnen, Dr. Heinz Georg Bamberger, Karl Peter Bruch, Frau Margit Conrad, Frau Malu Dreyer, Dr. Carsten Kühl; Staatssekretär Martin Stadelmaier.

Entschuldigt fehlten:

Die Abgeordneten Bettina Dickes, Nicole Morsblech, Rita Wagner; die Staatssekretäre Frau Vera Reiß und Professor Dr. Siegfried Englert.

Rednerverzeichnis:

Dr. Kühl, Minister der Finanzen: 5791
Präsident Mertes:..... 5791, 5799

**98. Plenarsitzung des Landtags Rheinland-Pfalz
am 6. Oktober 2010**

Die Sitzung wird um 14:00 Uhr vom Präsidenten des Landtags eröffnet.

Präsident Mertes:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie zur 98. Plenarsitzung im Landtag herzlich begrüßen.

Die Herren Kollegen Dr. Kützing und Adams werden mit mir die Sitzung leiten.

Entschuldigt sind die Abgeordneten Frau Bettina Dickes, Frau Nicole Morsblech und Frau Rita Wagner sowie die Staatssekretärin Vera Reiß und Herr Staatssekretär Professor Dr. Siegfried Englert.

Am 4. Oktober 2010 hatte Herr Abgeordneter Michael Billen Geburtstag. Er wurde 55 Jahre. Die Glückwünsche des Hauses verfolgen Sie.

(Beifall im Hause)

Sehr geehrter Herr Finanzminister, im Hinblick auf die Tagesordnung ist es vernünftig, zuerst die Gäste zu begrüßen. Wenn Sie gesprochen haben, wird die Sitzung voraussichtlich geschlossen sein. Dann werden alle hinausströmen, ohne dass wir unsere Gäste begrüßt hätten. Das hielte ich für weniger nett.

Als Gäste auf der Zuschauertribüne begrüße ich Turnerfrauen des Turnvereins Cochem, Mitglieder des Sozialverbandes VdK Otterbach, Mitglieder des SPD-Ortsvereins Nieder-Hilbersheim sowie des SPD-Gemeindeverbandes Rockenhausen und Berufssoldaten, Zeitsoldaten, zivile Mitarbeiter des Heeresamtes HA V 3. Seien Sie alle herzlich begrüßt, wenn Sie schon da sind, und ebenso herzlich, wenn Sie noch kommen.

(Beifall im Hause)

Zu Tagesordnungspunkt 6 (Landesbeamtengesetz) liegt Ihnen unter der Drucksache 15/5041 ein Entschließungsantrag der Fraktion der FDP, unter der Drucksache 15/5042 ein Änderungsantrag der Fraktion der SPD und unter der Drucksache 15/5045 ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU vor.

Alle Beschlussempfehlungen wurden fristgerecht am Montag, den 4. Oktober 2010, verteilt.

Gibt es zur Tagesordnung, wie wir sie Ihnen vorgeschlagen haben, Wünsche und Erwartungen? – Wenn das nicht der Fall ist, dann ist die Tagesordnung festgestellt.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Landeshaushaltsgesetz 2011 (LHG 2011)
Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/4996 –
Erste Beratung**

dazu:

**Finanzplan des Landes Rheinland-Pfalz für
die Jahre 2010 bis 2014****Unterrichtung durch den Präsidenten
des Landtags**

– Drucksache 15/5000, Vorlage 15/5467 –

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie haben das Wort.

Dr. Kühl, Minister der Finanzen:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Ihnen heute den Regierungsentwurf für den Haushalt 2011 vorstellen. Wir legen am Ende der Legislaturperiode keinen Doppelhaushalt vor, um dem neu zu wählenden Landtag nicht ungebührlich vorzugreifen. Gleichwohl greift dieser Haushalt weit in die Zukunft.

Mit dem Haushalt 2011 starten wir in eine neue Ära der Konsolidierungspolitik. Nach dem Grundgesetz sind die Haushalte der Länder ab 2011 so aufzustellen, dass bis 2020 der ausgeglichene Haushalt erreicht werden kann.

(Schreiner, CDU: Eben!)

In unserer Finanzplanung für die Jahre 2010 bis 2014, die wir Ihnen zeitgleich mit dem Regierungsentwurf vorlegen, stellen wir ein Szenario vor, wie der ausgeglichene Haushalt bis 2020 realisiert werden kann.

Hierzu haben wir die Finanzplanung – im Übrigen ohne, dass dies gesetzlich vorgeschrieben wäre – bis 2020 verlängert. Sie erkennen an diesem Konsolidierungsszenario bis 2020 eines ganz deutlich: Diese Landesregierung geht mit dem aktuellen Haushaltsentwurf für das Jahr 2011 und mit der Finanzplanung bis 2014 konsequente und richtige Schritte in Richtung Neuverschuldung Null in 2020.

(Beifall der SPD –
Heiterkeit bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sparen ist kein Selbstzweck. Das Bild von der schwäbischen Hausfrau, also der besonders sparsamen Hausfrau, mag zwar einleuchten, es beschreibt die Wirklichkeit moderner Finanz- und Haushaltspolitik aber höchst unzureichend. Wir werden sparen, aber mit Augenmaß, klug und im Bewusstsein unserer sozialen Verantwortung.

Sie werden von mir keine Rede mit Heulen und Zähneklappern hören. Von Anstrengung und auch von Einschränkung wird die Rede sein, aber auch von der Gewissheit, dass wir diesen Weg hin zu einem ausgeglichenen Haushalt im Jahr 2020 schaffen können und schaffen werden.

(Beifall der SPD)

Der Haushalt 2011 steht im Spannungsfeld zwischen den aktuellen konjunkturpolitischen Erfordernissen auf

der einen Seite und den langfristigen Konsolidierungsnotwendigkeiten auf der anderen Seite. Ich bin fest davon überzeugt, wir schlagen Ihnen einen Haushalt vor, der sich konjunkturell verantworten lässt und einen konsequenten Konsolidierungsweg begründet, der unsere soziale Verantwortung immer im Blick behält.

Lassen Sie mich zunächst die finanzpolitischen Rahmenbedingungen erläutern, die dem Haushaltsentwurf 2011 zugrunde liegen und die ihn prägen. Ende des Jahres 2008 und am Anfang des Jahres 2009 haben wir einen in der Wirtschaftsgeschichte des Landes beispiellosen Einbruch der gesamtwirtschaftlichen Leistung erlebt. 2009 sank das reale Bruttoinlandsprodukt um 4,7 %. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen real um 22,6 % zurück. Der Warenexport brach preisbereinigt um 16,6 % ein.

Heute, eineinhalb Jahre später, ist die Krise in der öffentlichen Wahrnehmung scheinbar schon überwunden. Die Zahl der Arbeitslosen lag im September bereits auf dem Niveau von September 2008. Das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal von 2,2 % gegenüber dem Vorquartal wurde allseits euphorisch aufgenommen.

Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, der Schein trügt. Die Krise ist noch nicht überwunden. Auch 2011 wird das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht empfindlich gestört sein. Das zeigt sich, wenn man bei der Analyse zwischen Verlaufsindikatoren und Bestandsindikatoren unterscheidet.

Bildlich gesprochen: Durch die Krise sind wir in einen Abgrund gestürzt. Die aktuellen Wachstumsraten zeigen uns, dass wir uns etwas schneller als erhofft aus dem Abgrund herausarbeiten. Wir sind aber noch mittendrin und werden uns auch 2011 noch nicht aus diesem Abgrund befreit haben.

Bundesbank und Bundesregierung prognostizieren auch für das nächste Jahr noch eine deutliche Unterauslastung des Produktionspotenzials. Bundesbankpräsident Weber spricht meines Erachtens völlig zu Recht davon, dass wir uns nicht im Jahr 1 nach der Krise, sondern im Jahr 3 der Krise befinden.

Meine Damen und Herren, es gibt leider ernst zu nehmende Hinweise darauf, dass 2011 makroökonomisch schwieriger wird als 2010. Ich möchte zwei Zusammenhänge ansprechen:

Erstens: Die aktuelle Erholung der Konjunktur wird sehr stark von ausländischer Nachfrage getrieben. Diese Nachfrage wird sich 2011 aber wegen der auslaufenden Konjunkturprogramme und wegen der neuen Sparpakete unserer Handelspartner deutlich abschwächen. Ein Land wie Rheinland-Pfalz mit seiner ausgesprochen exportstarken Wirtschaftsstruktur reagiert auf diese Entwicklung äußerst sensibel.

Zweitens: Ein wesentlicher Teil des Wachstums 2010 ist eine Reaktion auf nachvollziehbares unternehmerisches Rationalverhalten in der Krise. Zu Beginn der Krise 2008/2009 wurden Lagerbestände massiv zurückgefahren. Mit dem erkennbaren Aufschwung im Jahr 2010 wurden sie wieder aufgebaut. Dieser Effekt, der für das

Wachstum 2010 sehr durchschlagend war, wird sich 2011 nicht wiederholen lassen.

Dass wir heute mehr Licht als Schatten am Konjunkturhorizont sehen, hat verschiedene Gründe:

- erstens klug handelnde Unternehmer, die nicht zuletzt angesichts des demografisch zu erwartenden und teilweise bereits zu beobachtenden Fachkräftemangels Entlassungen so gut wie möglich vermieden haben,

- zweitens flexible Arbeitnehmer und Betriebsräte, die sich auf pragmatische Arbeitszeitmodelle eingelassen und damit ihren Unternehmen geholfen haben, „über die Runden zu kommen“, und

- drittens eine gestaltungsfreudige Politik, die bereit war, vermeintlich vorgestrichene, aber in der Krise absolut notwendige und probate Maßnahmen zu ergreifen, Konjunkturprogramme und großzügige Kurzarbeiterregelungen.

Meine Damen und Herren, ich finde es gut, dass die Deregulierungseuphorie, die uns in diese Finanzkrise gestürzt hat, dieses „Die Märkte wissen schon, was sie tun“, wenigstens bei der Krisenbewältigung ins Abseits geraten ist.

(Beifall der SPD)

Dass wir in Rheinland-Pfalz, was die Arbeitslosenzahlen angeht, was die Vermeidung von Unternehmensinsolvenzen angeht, sogar was die Unternehmensneugründungen in der Krise angeht, im Ländervergleich Spitzenresultate aufweisen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat zweifellos auch damit zu tun, dass hier in Rheinland-Pfalz die Akteure, Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Gewerkschaften, Kommunen nicht gegeneinander, sondern miteinander kooperativ agieren und umgehen.

Der vom Ministerpräsidenten im Frühjahr 2009 ins Leben gerufene und seitdem regelmäßig tagende „Pakt für Rheinland-Pfalz“ ist ein Symbol für diese kooperative, für diese typisch rheinland-pfälzische Art der Krisenbewältigung. Das ist auch der kluge Weg, den wir in sozialer Verantwortung zu unserem ehrgeizigen Ziel der Haushaltskonsolidierung gehen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der zweifellos notwendige und auch erfolgreiche Krisenreaktionsmechanismus hat einen Preis, für alle öffentlichen Haushalte einen verdammt hohen Preis. Bund, Länder und Gemeinden haben ihre gesellschaftspolitisch und volkswirtschaftlich erforderlichen Anstrengungen schlichtweg mit einer Rekordverschuldung bezahlen müssen.

Die spannende Frage lautet: Konsolidieren sich die Konjunkturprogramme ein Stück alleine? – Die Antwort lautet: Theoretisch ja, aber bei den steuerpolitischen Maßnahmen wurde leider ein entscheidender handwerklicher Fehler gemacht.

Ich will dies gerne kurz erläutern. In rascher Folge wurden Ende 2008/Anfang 2009 die Konjunkturprogramme I

und II mit einem Mix aus Steuersenkungen und Ausgabenerhöhungen beschlossen. Ende 2009 wurde dann, konjunkturpolitisch zweifelhaft und zeitlich verspätet, das umstrittene Wachstumsbeschleunigungsgesetz beschlossen. In der Summe kann man sagen, der fiskalische, der quantitative Schwerpunkt der expansiven staatlichen Anreize lag insgesamt eindeutig auf der Einnahmenseite, also auf der steuerlichen Seite.

Entscheidend für die heutige und leider auch für die zukünftige Situation der öffentlichen Haushalte ist die Art, wie man die Konjunkturprogramme ausgestaltet hat.

Die auf der Ausgabenseite beschlossenen Maßnahmen, wie das Zukunftsinvestitionsgesetz oder die Kurzarbeiterregelung, wurden ganz überwiegend zeitlich befristet. Die ursprünglich für 2009 geplanten Mehrausgaben von 18 Milliarden Euro bzw. 13,6 Milliarden Euro im Jahr 2010 werden sich zwar im Bereich der Investitionen noch in das Jahr 2011 hineinziehen, danach aber entfällt diese Ausgabenposition. Das ist nicht nur konjunkturpolitisch geboten, sondern auch unter Einsparungsgesichtspunkten klug.

Die seit Ende 2008 verabschiedeten Steuersenkungen dagegen belasteten die öffentlichen Haushalte 2009 mit 19 Milliarden Euro, 2010 mit 24 Milliarden Euro, 2011 mit 39 Milliarden Euro und dauerhaft mit 36 Milliarden Euro Mindereinnahmen.

Meine Damen und Herren, dies ist nicht nur konjunkturpolitisch falsch, sondern das können wir uns auch schlichtweg nicht leisten, wenn wir ernsthaft konsolidieren wollen.

(Beifall der SPD)

Innerhalb eines Jahres wurde eine der größten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland beschlossen, ohne dass dies von der Öffentlichkeit offensichtlich in ihrer vollen Konsequenz wahrgenommen wurde.

Zum Vergleich, die große Steuerreform der Jahre 2001, 2004 und 2005 entlastete Bürger und Unternehmen in der Endstufe um 32 Milliarden Euro. 2005 konstatierte man vonseiten der Bundesregierung – damals die Große Koalition – in deren Folge eine Schieflage der öffentlichen Finanzen und erhöhte deshalb, um diese zu korrigieren, die Mehrwertsteuer.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote, also der Anteil der Steuern am Bruttoinlandsprodukt, liegt 2011 mit 20,5 % wieder auf dem unauskömmlichen Niveau des Jahres 2005. Im Jahr 2008, also vor der Krise und ein Jahr nach der Anhebung der Umsatzsteuer, wurde eine Steuerquote von 22,5 % erreicht. Die Steuerquote ist also innerhalb von drei Jahren um zwei Prozentpunkte oder um 10 % abgesenkt worden.

2008 hatten wir ein Bruttoinlandsprodukt von ziemlich genau 2,5 Billionen Euro, mit anderen Worten, eine Absenkung der Steuerquote um zwei Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts entspricht 50 Milliarden Euro weniger Steuern. Davon, und das ist das eigentlich Besorgniserregende, lassen sich 36 Milliarden Euro oder

72 % auf dauerhafte Steuersenkungen zurückführen, das heißt, es refinanziert sich nicht, wenn die Wirtschaft wieder in eine Aufschwungphase gerät.

Festzuhalten bleibt, die konjunkturell motivierten Steuersenkungen wurden überwiegend nicht mit einem Verfallsdatum versehen, wie dies bei konjunkturellen Stützungsmaßnahmen – so ist dies in jedem Lehrbuch nachzulesen – eigentlich der Fall sein sollte.

Die in diesem Kontext vollkommen irrealen Steuersenkungsversprechungen der Koalitionsparteien in Berlin vor der Bundestagswahl im letzten Jahr verhinderten bislang eine rationale Diskussion über das dauerhaft angestrebte Steuerniveau, das eine ordentliche Erfüllung der verfassungsgemäßen Aufgaben von Bund, Ländern und Kommunen erlaubt.

Meine Damen und Herren, ich finde, es ist die vornehmste Aufgabe dieser Bundesregierung, diese Diskussion endlich zu führen.

(Beifall der SPD)

Ich sage auch, dass ideologiegetränkte und klientelverseuchte Erwägungen hierbei einmal hintanstellen sollte. Ich glaube, das würde manches einfacher machen.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Fangen Sie mal an damit! –
Weitere Zurufe von der CDU)

Leider liefert diese Bundesregierung bislang nur das Gegenteil einer solchen Politik. Steuergeschenke für Hoteliers, gleichzeitig sparen beim Wohngeld, das ist die soziale Schieflage, die mittlerweile auch von der Wirtschaftspresse massiv gegenüber dieser Bundesregierung kritisiert wird.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, ich komme zu unserer Haushaltsaufstellung 2011.

(Wirz, CDU: Wird auch langsam Zeit!)

Herr Baldauf, man muss schon die Rahmenbedingungen verstehen, damit es im Kontext richtig ist.

(Zurufe von der CDU)

Der Regierungsentwurf für den Haushalt 2011 steht im Spannungsfeld zwischen den dargelegten aktuellen konjunkturpolitischen Erfordernissen und den langfristigen Konsolidierungsnotwendigkeiten.

Der Haushalt 2011 ist der erste konjunkturverträgliche Schritt der rheinland-pfälzischen Landesregierung, um bis 2020 eine strukturelle Neuverschuldung von null zu erreichen.

Zunächst zur Ausgabenseite des Haushalts. Wir haben die Ausgabenansätze der Fachressorts um 70 Millionen Euro gegenüber dem anerkannten Bedarf in Form globaler Minderausgaben reduziert. Diese Einsparungen entsprechen den in unserer langfristigen Konsolidie-

rungsplanung ausgewiesenen jährlichen Einsparungen im Bereich der Sachausgaben, Investitionen, Zuweisungen und Zuschüsse.

Die in unserem Konsolidierungsszenario dargestellte Aufteilung der notwendigen Konsolidierungsbeiträge auf Einnahmen- und Ausgabengruppen stellt zwar noch eine unverbindliche Orientierung dar, gleichwohl haben wir im aktuellen Haushalt bereits den ersten Schritt getan. Wahltaktische Beliebigkeit in schwierigen Konsolidierungsfragen überlassen wir anderen.

(Beifall bei der SPD –
Heiterkeit bei der CDU –
Zurufe von der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir streichen die Haushaltsansätze für die Konjunkturprogramme, das heißt, sie laufen Ende des Jahres 2010 aus. Die Ausfinanzierung aller bis Ende dieses Jahres begonnenen Maßnahmen ist allerdings – das sagen wir zu – sicher.

Daneben hat das Kabinett die Kürzung der Verfügungsmittel für Minister und Staatssekretäre um 10 % und eine Absenkung der Öffentlichkeitsmittel um eine Million Euro verabredet.

(Zurufe von der CDU: Oh! –
Eymael, FDP: Bravo!)

– Herr Eymael, ich werde das mit den Öffentlichkeitsmitteln nachher noch in Zusammenhang stellen.

Herr Baldauf, wenn Sie meinen, das sei ein zu geringes Symbol, die Verfügungsmittel um 10 % zu streichen, dann gehen Sie einmal zu Frau Klöckner und fragen sie, ob es in Ordnung ist, wenn sie für nächstes Jahr für ihren Reptilienfonds die Mittel um 20 % streicht. Da könnten Sie ein Symbol setzen.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, diese Kürzungen sind haushaltspolitisch keine Größenordnung, die ins Gewicht fällt. Aber beim Sparen geht es immer auch um die richtigen Signale, und die Landesregierung legt Wert darauf, deutlich zu machen, dass in Rheinland-Pfalz die Treppe von oben gekehrt wird.

Die in den nächsten Jahren zu meisternden Einschnitte werden von uns allen Opfer verlangen. Dies kann nur gelingen, wenn alle ihren Beitrag leisten, und ich finde, da hilft es, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Gucken Sie sich mal all das an, was Sie in den letzten Jahren aufgestockt haben!)

Weiterhin ist vorgesehen, das Personal in den Ministerien und bei den Mittelinstanzen um 200 Stellen zu reduzieren. Diese Vorgabe ist innerhalb der nächsten 3 Jahre zu realisieren. Auch hier haben wir bewusst entschieden, zunächst ein Zeichen dort zu setzen, wo die Landesregierung unmittelbar betroffen ist.

Bei jeder Haushaltsaufstellung kommt es zu Mehr- oder Minderbedarfen, die der Entwicklung gesamtwirtschaftli-

cher Parameter oder gesetzlichen Zwangsläufigkeiten geschuldet sind.

Infolge der konjunkturellen Schieflage ist das Zinsniveau zurzeit sehr niedrig. Hier fahren wir quasi eine Krisendividende ein. Dagegen führt die Rezession beispielsweise zu erheblichen Mehrbedarfen bei der Sozialhilfe und dem Wohngeld.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Diese Mehrausgaben bei der Sozialhilfe und dem Wohngeld sind Ausdruck der Solidarität mit den Bedürftigen in unserer Gesellschaft. Sie sind notwendig und deshalb nicht zu beklagen.

(Beifall der SPD)

Andere Etatisierungen wie die Umschuldung der Altverbindlichkeiten der Nürburgring GmbH beim Land erhöhen zwar die Ausgabensteigerungsrate und die Nettokreditaufnahme des Haushalts 2011,

(Heiterkeit des Abg. Dr. Mittrücker, CDU)

sie beeinträchtigen nicht aber das für die neue Schuldenbremse maßgebliche strukturelle Defizit.

Meine Damen und Herren, Entschuldung ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit.

(Schreiner, CDU: Eben!)

Generationengerechtigkeit heißt aber auch, Vorsorge für zukünftige Lasten der heutigen Generation zu treffen, und Generationengerechtigkeit heißt faire Bildungschancen für die heute junge Generation, damit sie die Herausforderungen der Zukunft bestehen kann.

(Beifall der SPD)

Meine Damen und Herren, deshalb ist für diese Landesregierung, auch in Zeiten knapper Finanzen, zweierlei klar:

Erstens: Auch in schwierigen Zeiten vernachlässigt das Land nicht die Vorsorge für zukünftige Pensionslasten. Die Nettozuflüsse an den Pensionsfonds wachsen um 69 Millionen Euro an. Nach 426 Millionen Euro im Jahr 2010 steigen sie 2011 auf fast eine halbe Milliarde Euro.

(Bracht, CDU: Wo sind sie denn?)

Der Vermögensstand des Fonds wird Ende 2011 bei voraussichtlich 2,87 Milliarden Euro liegen.

(Licht, CDU: Und wo sind sie?)

Zweitens: Eindeutiger finanzieller Schwerpunkt der Landesregierung bleibt die Bildungspolitik. Wir stärken die Finanzausstattung der Hochschulen im Landeshaushalt und im Sondervermögen. Wir sichern eine heute bereits exzellente Unterrichtsversorgung

(Baldauf, CDU: Was?)

mit finanziellen Mitteln, um Unterrichtsausfall auch weiterhin zu vermeiden.

Schließlich verbessern wir konsequent die Qualität des Bildungssystems, und zwar von Anfang an: 25 Millionen Euro mehr für die Kindertagesstätten und 6 Millionen Euro mehr für das rheinland-pfälzische Erfolgsmodell – den weiteren Ausbau der Ganztagschulen.

(Beifall der SPD)

Unterm Strich gilt für die Ausgabenseite des Haushalts: Gegenüber dem Vorjahr werden die Ausgaben um 1,2 % oder 163 Millionen Euro zurückgeführt. Insgesamt sind Ausgaben in Höhe von 13,433 Milliarden Euro vorgesehen. Bereinigt um den Zuwachs der Zahlungen an den Pensionsfonds sinken die Ausgaben um 1,8 % bzw. 232 Millionen Euro.

Die geplanten Gesamteinnahmen belaufen sich auf 11,169 Milliarden Euro. Das sind 2,5 % oder 270 Millionen Euro mehr als im Nachtragshaushalt 2010.

Während der Bund in seinem Haushalt Einnahmen in Höhe von 4,5 Milliarden Euro durch neue Steuern und Abgaben zu seinen Gunsten vorsieht – da sind die quantitativ am stärksten ins Gewicht fallenden Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung noch nicht mitgerechnet –, werden die Länder und ihre Kommunen, die ebenfalls zur Konjunkturstabilisierung Steuersenkungen mittragen mussten, bei dieser Konsolidierung auf der Einnahmenseite außen vor gelassen.

Aus Sicht der Bundesregierung macht dieses Vorgehen allerdings durchaus Sinn. Wer vor der Bundestagswahl noch mit der Senkung der in den letzten 10 Jahren bereits mehrfach abgesenkten Einkommensteuer auf Stimmenfang war, kann diese nun schlecht nach der Wahl anheben.

Er muss notfalls neue Abgaben erfinden und Steuererhöhungen in Sparpaketen verstecken. Es bedarf da schon einiger Anstrengungen, um die Linie der Bundesregierung zur Steuerpolitik nachvollziehbar zu vermitteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insofern ist es auch nicht verwunderlich – vielleicht ist es sogar konsequent –, dass die Bundesregierung die Ansätze für die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit in diesem Jahr um 14 % erhöht.

(Schweitzer, SPD: Ach nein!)

Wir haben sie um 20 % gesenkt, um 1 Million Euro gekürzt.

(Beifall der SPD –

Eymael, FDP: Aber doch nicht in diesem Jahr!)

Die Steuereinnahmen, die das Land für 2011 erwartet, liegen um 730 Millionen Euro oder 7,5 % unter den Einnahmen des Jahres 2008.

(Licht, CDU: Wie viel haben Sie von 2009 auf 2010 angehoben? –

Pörksen, SPD: 100 %!)

Das ist gewaltig und zeigt, dass die öffentlichen Haushalte noch bis zur Halskrause in der Rezession stecken.

Dabei haben wir die Ergebnisse der Mai-Steuerschätzung – nach meinem Gefühl allerdings konservativ – wegen der positiven Entwicklung des Sozialprodukts um 130 Millionen Euro nach oben korrigiert. Wir werden die Ergebnisse der Novemberschätzung während der parlamentarischen Beratungen erfahren.

Ich muss mich schon sehr wundern, dass die CDU gestern in einer Presseerklärung meldet: „Außerdem sei davon auszugehen, dass nach der im November erfolgenden neuen Steuerschätzung mit weiteren Mehreinnahmen zu rechnen ist. Anstatt diese einzuplanen und Konsolidierungsanstrengungen zu unternehmen, gebe die Landesregierung schuldengestütztes Geld weiter mit vollen Händen aus.“

(Heiterkeit des Abg. Schweitzer, SPD)

Erstens: Hätten wir es etatisiert, hätten wir mehr ausgeben können.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Zweitens: Man muss den Haushalt auch lesen, lieber Herr Bracht. Es dürfte für jemanden wie Sie, der so lange im Haushaltsgeschäft ist,

(Bracht, CDU: Länger als Sie! –
Ministerpräsident Beck: Hat aber bei Ihnen nichts geholfen! Das ist der Punkt!)

kein Problem sein festzustellen, dass wir von der Steuerschätzung abgewichen sind. Offensichtlich haben Sie andere Erkenntnisse. Ich bin sehr gespannt, welche Steuerschätzungen der Arbeitskreis „Steuerschätzung“ der CDU-Fraktion herausgebracht hat. Herr Baldauf wird sie uns morgen sicherlich erzählen.

Ich gehe davon aus, es ist konservativ. Wir liegen etwas zu niedrig. Wir haben das im August geschätzt, als alle gesagt haben: 2,5 % Wachstum. Jetzt ist es bei 3 %.

(Bracht, CDU: Trotzdem machen Sie über 2 Milliarden neue Schulden!)

Herr Baldauf, ich bin auf Ihre Expertise morgen sehr gespannt.

Meine Damen und Herren, Fakt ist, dass es nur einmal zuvor in der Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz – das gilt für die übrigen Haushalte von Bund und Ländern in gleichem Maße – über einen so langen Zeitraum einen Einbruch der öffentlichen Einnahmen gab.

(Ministerpräsident Beck: Ein Wachstum trotz dieser Bundesregierung! –
Heiterkeit und Zurufe von der CDU)

Wir gehen davon aus, dass wir ohne Abgabenerhöhungen frühestens 2013 das Niveau des Jahres 2008 wieder erreichen können.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Diese Zusammenhänge muss man kennen, um die Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte nach der Krise objektiv beurteilen zu können.

Trotz der Einnahmeneinbrüche beim Land werden die Mittel im kommunalen Finanzausgleich nicht gekürzt.

(Bracht, CDU: Märchenstunde hier!)

Die im Regierungsentwurf veranschlagten Mittel für den kommunalen Finanzausgleich liegen um 114 Millionen Euro oder 6,5 % über denen des Jahres 2008. Seitdem gab es nur Einbrüche. Zum Vergleich: Beim Land liegen sie um 7,5 % drunter.

(Beifall der SPD –
Schweitzer, SPD: Das sind 400 Millionen
Euro weniger!)

Warum ist das so? Durch den Stabilisierungsfonds verstetigt das Land damit die Einnahmen der Kommunen auch in Krisenzeiten verlässlich.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Im Gegensatz zum Bund bemühen wir uns um einen fairen Umgang mit den anderen staatlichen Ebenen. Mit unserer kommunalen Reformagenda vom Juni dieses Jahres setzten wir diesen Weg konsequent fort.

(Beifall der SPD)

Die rheinland-pfälzischen Kommunen wissen, dass sie im Land einen verlässlichen Partner haben.

(Zuruf des Abg. Bracht, CDU –
Licht, CDU: Das ist ja das Dilemma!)

Die geplante Nettokreditaufnahme reduziert sich im Regierungsentwurf um ca. 15 % auf 1,985 Milliarden Euro.

Sie erinnern sich vielleicht: Anfang des Jahres hatte ich einen Defizitabbau von mindestens 10 % avisiert, weil ich der Auffassung war, dass dies ein vernünftiger und fairer Maßstab ist, wenn man die Neuverschuldung über einen Zeitraum von zehn Jahren auf null zurückführen muss.

(Wirz, CDU: Das haben wir schon einmal gehört!)

Ich darf an dieser Stelle auch daran erinnern, dass die in der Steuerschätzung vom Mai 2008, also vor der Krise, für Rheinland-Pfalz prognostizierten Steuereinnahmen für das Jahr 2011 um 1,849 Milliarden Euro über den aktuell veranschlagten Werten lag.

Ich denke, das illustriert noch einmal ausdrücklich, wo wir ohne Konjunkturbruch und ohne Steuersenkungen heute stehen könnten bei einer Nettokreditaufnahme von 136 Millionen Euro. Ich möchte damit die derzeitige Situation nicht schönreden, aber eines muss endlich klar sein: Der exorbitante Anstieg unseres Defizits ist eine Folge der dramatischen wachstumsbedingten

Steuereinbrüche und der politisch beschlossenen Steuersenkungen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Natürlich! Glauben Sie das wirklich selber, was Sie da erzählen? So ein Blödsinn!)

Es gehört zur guten Tradition der Landesregierung, nicht nur die im Kernhaushalt vorgesehene Nettokreditaufnahme darzulegen, sondern auch die Situation in den Landesbetrieben und im Pensionsfonds. Während in den Landesbetrieben weitere 311 Millionen Euro Nettokreditaufnahme vorgesehen sind, verzeichnet der Pensionsfonds einen Überschuss von 494 Millionen Euro aus den Nettozuflüssen des Landes.

(Bracht, CDU: Wo sind sie denn? –
Heiterkeit und weitere Zurufe von der CDU)

In der Konzernbetrachtung ergibt sich eine Nettokreditaufnahme von fast exakt 1,8 Milliarden Euro, also 184 Millionen Euro weniger als im Kernhaushalt.

Meine Damen und Herren, es sollte jedem deutlich geworden sein, dass wir noch immer eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts haben. Um diese Störung zu beheben, nehmen wir die in der Verfassung vorgesehene Ausnahmeregelung zur Kreditaufnahme in Anspruch. Gleichzeitig legen wir mit der Finanzplanung ein Konzept vor, wie wir im Rahmen der Schuldenbremse den Landeshaushalt konsequent sanieren werden.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Durch diese auf Nachhaltigkeit zielende Haushaltswirtschaft in Verbindung mit den von der Landesregierung auf den Weg gebrachten flankierenden Maßnahmen zur Krisenbewältigung wird dieser Haushalt zweifellos zur Überwindung der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts beitragen.

(Licht, CDU: Reiner Populismus!)

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch einige Worte zur Schuldenbremse. Am 8. September haben alle Fraktionen des Landtags einen gemeinsamen Gesetzentwurf zur Verankerung der Schuldenbremse in der rheinland-pfälzischen Verfassung eingebracht. Die Schuldenbremse wird die Gestaltung des Landeshaushalts in den nächsten Jahren tiefgreifend prägen. Gestatten Sie mir daher, bevor ich auf unsere Finanzplanung eingehe, hierzu einige kurze grundsätzliche Anmerkungen: Diese Anmerkungen sind auch – wie ich finde – wichtig für das Verständnis dieses Haushaltsentwurfes.

Das Verbot der Neuverschuldung ab 2020 bezieht sich auf die strukturelle Neuverschuldung. Strukturell hat dabei zwei Dimensionen. Zum einen geht es darum, von den konjunkturellen Schwankungen zu abstrahieren. Hierzu wird es in den einfachgesetzlichen Regelungen nach der Verfassungsänderung notwendig sein, ein für die Länderebene geeignetes Verfahren zu etablieren, das die konjunkturalen Steuereinnahmen für den Haushalt praxisnah und revisionsfrei vorgibt, sodass sich

haushaltspolitische Entscheidungen und Planungen hieran orientieren können.

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, dass jedes ökonomisch schlüssige Konjunkturbereinigungsverfahren feststellen würde, dass dieser Haushaltsentwurf noch einen sehr hohen Anteil konjunktureller und damit vorübergehend zulässiger Verschuldung enthält.

(Schreiner, CDU: Ja, 15 % etwa!)

– Aha, Sie haben gerechnet.

Strukturell bedeutet in der zweiten Dimension, dass die Nettokreditaufnahme um Vermögenseffekte bereinigt wird. Dies ist bei der Betrachtung der Staatstätigkeit in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung schon lange Standard. Die Defizitdefinition für das Maastricht-Kriterium fußt zum Beispiel auf dieser Berechnungsweise. Vereinfacht dargestellt bedeutet dies, dass Ausgaben, die zu einer Erhöhung des Finanzvermögens führen, nicht defizitrelevant sind; andererseits wirken Einnahmen, die das Finanzvermögen abgesenkt haben, auch nicht defizitsenkend.

In der Praxis bedeutet dies, dass sich die Vorgaben der Schuldenbremse nicht durch den Verkauf von Beteiligungen oder Forderungen erreichen lassen. Wir haben bereits bei der Aufstellung dieses Haushalts aus diesem Grund auf die Veräußerung von Vermögenswerten verzichtet.

(Wirz, CDU: Sie haben doch gar keine mehr! –
Bracht, CDU: Sie haben doch schon alles
verschleudert!)

Sie ist zukünftig meines Erachtens nur noch aus ordnungspolitischen Gründen oder zur Ablösung einmaliger Zahlungsverpflichtungen gerechtfertigt.

Meine Damen und Herren, andererseits zählt der Aufbau von Vermögen, wie wir ihn im Pensionsfonds seit Jahren betreiben, nicht zu den defizitwirksamen Ausgaben. Im Gegenteil, sie entsprechen gerade dem Nachhaltigkeitsgedanken, der durch die neue Schuldenregel gestärkt werden soll.

Mit der Finanzplanung zeigt die Landesregierung nun auf, wie der Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt aussehen könnte. Gestatten Sie mir im Folgenden einige eher analytische Ausführungen, weil sie nicht nur die Dimension der Konsolidierungsaufgabe verdeutlichen, sondern weil sie auch belegen, in welcher Intensität sich die Landesregierung seit vielen Monaten den konzeptionellen Fragen zur Schuldenbegrenzung widmet.

Wir haben hierzu den Finanzplanungszeitraum, der nur bis 2014 reicht, bis 2020 erweitert. Die Finanzplanung fußt auf den gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen der Bundesregierung vom Frühjahr dieses Jahres und der hierauf aufbauenden Steuerschätzung vom Mai. Zur Fortschreibung der Finanzplanung bis 2020 haben wir Projektionsrechnungen des Bundeswirtschaftsministeriums zur langfristigen Entwicklung des Produktionspotentials genutzt.

Auf dieser Basis haben wir ein Referenzszenario durchgerechnet. Wir haben uns grundsätzlich gefragt, was passiert, wenn wir die Verpflichtungen der Vergangenheit, also die Pensionen und Zinsen, bedienen, wenn wir keine neuen Programme auflegen und die bisherigen Ausgaben real ohne Steigerung weiterführen. – Alle wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenpositionen des Landeshaushalts wurden so unter der Prämisse sparsamer Haushaltsführung bis 2020 durchgeplant.

Das Ergebnis war, dass selbst bei sparsamer Wirtschaftsführung der Konsolidierungsbedarf bis zum Jahr 2020 auf ca. 1,8 Milliarden Euro ansteigen wird. Insbesondere die in den nächsten Jahren zu erwartende Pensionierungswelle führt zu einer dramatischen Ausgabendynamik. Gegenüber 2009 muss mit einem Anstieg der Versorgungsausgaben, die nur zu einem Bruchteil bereits durch den Pensionsfonds gedeckt sind, bis 2020 um 80 % gerechnet werden.

Angesichts der zu bewältigenden Konsolidierungsaufgabe war klar, allein über die Ausgabenseite lässt sich das Ziel nicht erreichen. Auch die Bundesregierung – ich habe es erwähnt – hat dies erkannt und in ihrem Sparpaket, wie bereits angesprochen, neue Steuern vorsehen. Sie machen rund 30 % ihrer Gesamtkonsolidierung aus.

Ich will damit nicht das insgesamt sozial unausgewogene Konzept des Bundes zum Referenzmaßstab nehmen. Aber, meine Damen und Herren, mit Blick auf eine realistische Verteilung der Anpassungslasten auf Einnahmen- und Ausgabenseite muss dieser Vergleich durchaus gestattet sein.

Auf der Einnahmenseite haben wir unterstellt, dass die seit 2008 vorgenommenen Steuersenkungen im Ergebnis um die Hälfte zurückgenommen werden.

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

Zudem wurde eine Erhöhung der sonstigen Einnahmen um 60 Millionen Euro eingeplant.

Ausgehend von dem festgestellten Konsolidierungsbedarf im Jahr 2020 haben wir auf der Ausgabenseite Einsparungen in Höhe von 1,47 Milliarden Euro oder 80 % der Gesamtkonsolidierung vorgesehen. Das entspricht jahresdurchschnittlichen Sparbeträgen von rund 160 Millionen Euro. Auf der Einnahmenseite wurden, bereinigt um den gegenläufigen Effekt des kommunalen Finanzausgleichs, 20 % des Gesamtbetrages oder 368 Millionen Euro der Anpassungslasten eingeplant. Sie erinnern sich vielleicht, der Bund hat in seiner kurzfristigen Konsolidierung 30 % eingeplant, wir haben in unserer langfristigen Konsolidierung 20 % eingeplant. Ich gehe jede Wette ein, dass der Bund seinen Anteil in den nächsten zehn Jahren deutlich nach oben schrauben wird. Insgesamt würde der Haushalt 2012 bis 2020 jahresdurchschnittlich um rund 200 Millionen Euro konsolidiert.

Die bei den Personalausgaben angenommenen Einsparungen tragen rund 29 % zum Konsolidierungsvolumen bei. Sie entsprechen einer jährlichen Einsparung von 1,5 % der Personalausgaben für die aktiv Beschäftigten.

Sie wissen, im rheinland-pfälzischen Budgetierungssystem ist eine Effizienzdividende von 1,8 % pro Jahr vorgesehen, die in der Vergangenheit den erwirtschaftenden Ressorts jedoch zum Teil verblieben ist. Natürlich lassen sich solche Rückführungen nicht über neun Jahre ohne strukturelle Eingriffe realisieren. Andererseits kann aufgrund der demografischen Entwicklung die Anzahl der Landesbeschäftigten bis 2020 ohne Qualitätseinbußen und ohne Entlassungen um rund 0,6 % bis 0,7 % pro Jahr reduziert werden. Insgesamt ergeben sich so Personalausgabenreduzierungen von bis zu 526 Millionen Euro im Jahr 2020.

Bei den Sachausgaben, Investitionen und Zuweisungen für die aktuellen Landesaufgaben ohne kommunalen Finanzausgleich sind bis 2020 jährliche Einsparungen in Höhe von 70 Millionen Euro vorgesehen. Sie erkennen, das ist nicht zufällig die gleiche Größe, die wir schon im Haushalt 2011 dargestellt haben.

Insgesamt ergeben sich bis 2020 hieraus Ausgabenreduzierungen in Höhe von 630 Millionen Euro oder 34 % der Konsolidierungssumme.

Betrachtet man, was dem Land bei vollständiger Durchsetzung des vorgelegten Konsolidierungsszenarios zur aktuellen Aufgabenerfüllung an Mitteln verbleibt, so wird deutlich, dass wir über lange Zeit den Gürtel sehr eng schnallen müssen. Die Ausgaben dürften im Vergleich zum aktuellen Regierungsentwurf in den nächsten neun Jahren jährlich maximal um 0,2 % steigen.

Das Thema „Konsolidieren“ wird uns im nächsten Jahrzehnt dauerhaft beschäftigen.

(Bracht, CDU: Ich bin einmal gespannt, wann Sie damit anfangen!)

Auf diesem Weg brauchen wir in der finanzpolitischen Diskussion eine neue Qualität und eine neue Form der Ehrlichkeit im Umgang miteinander.

(Dr. Rosenbauer und Abg. Bracht, CDU: Genau! – Beifall bei der CDU –

Licht, CDU: Wieso gibt es an dieser Stelle keinen Beifall der SPD-Fraktion?)

– Gut, dass Sie klatschen, Herr Bracht. Gut, dass Sie bei dem Stichwort „Ehrlichkeit“ klatschen. Herr Bracht, ich weiß nicht, ob Sie selbst twittern, oder ob Sie twittern lassen. Aber heute Morgen gegen halb neun haben Sie offensichtlich getwittert. Sie twittern: „SPD-Landesreg. bringt heute 2 Mrd.-Schulden-Haushalt in Landtag ein u. behauptet.“ – Was kommt dann nach dem Doppelpunkt und dem Anführungszeichen? Eine wörtliche Rede, die die Landesregierung irgendwo losgelassen hat. Wie lautet der Satz: „Viele Schulden sind gut für das Land“. Welch ein Jammer!!“

(Bracht, CDU: Das ist doch Ihr Prinzip!)

Da sage ich auch, welch ein Jammer. Ich habe nicht gesagt, viele Schulden sind gut für das Land. Ich habe

den Ministerpräsidenten gefragt. Er hat auch gesagt, er hat es nicht gesagt.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe ein paar Kabinettsmitglieder heute Morgen gefragt. Keiner hat es gesagt. So viel zur Ehrlichkeit!

(Beifall der SPD –

Bracht, CDU: Was machen Sie denn anderes?)

Lieber Herr Bracht, ich denke, Sie werden klarstellen, ob Sie das gesagt haben oder ob Sie um die Zeit noch geträumt haben. Ich fände es nämlich sehr bedauerlich, wenn man zukünftig, um ehrlich zu bleiben, sagen müsste, dass Sie es mit der Wahrheit nicht ganz so genau nehmen.

(Beifall der SPD –

Zuruf des Abg. Bracht, CDU)

Zur Ehrlichkeit gehört auch, dass man beispielsweise nicht auf der einen Seite eine Ausweitung der Bildungs- und Forschungsausgaben bis 2015 auf 10 % des Bruttoinlandsproduktes dekretiert und gleichzeitig den Ländern, die für Bildung zuständig sind, entgegen entsprechender Zusagen, nicht die notwendigen Mittel hierfür zugesteht, ja, schlimmer noch, sie mit Steuermindereinnahmen von 12 Milliarden Euro sitzen lässt und sich selbst neue Steuern und Abgabenerhöhungen genehmigt.

Konsolidierung wird sich nicht durch die Verschiebung von Finanzierungslasten von einer auf die andere Gebietskörperschaft realisieren lassen. Bund, Länder und Gemeinden sind alle in gleicher Weise, wenn auch mit unterschiedlichen Problemschwerpunkten, von der Schieflage betroffen. Der Bund steht zukünftig insbesondere durch seine Zinsbelastung und die Zuständigkeit für die Sozialversicherungsträger sehr stark unter Druck. Die Länder werden vor allem mit dem Anstieg der Pensionslasten zu kämpfen haben und stehen im Wort, das Thema „Bildung“ voranzubringen. Den Kommunen laufen die Sozialausgaben aus dem Ruder, und sie haben sich den Folgen eines zunehmenden Investitionsstaus zu stellen.

Wir, die Landesregierung, bekennen uns zu einem fairen Umgang mit unseren Kommunen. Wir stehen in Rheinland-Pfalz zu den eingeführten Konnexitätsregeln. Wir werden nicht, wie in anderen Ländern geschehen, den kommunalen Finanzausgleich zur Sanierung des Landeshaushalts plündern.

(Beifall der SPD –

Dr. Rosenbauer, CDU: Nein! –

Bracht, CDU: Habt ihr doch nie gemacht!)

Meine Damen und Herren, wir helfen unseren Städten und Gemeinden sogar, ihre aufgelaufenen Kassenkredite abzubauen. Wir erwarten allerdings von der kommunalen Seite das gleiche Verständnis für die schwierige finanzielle Lage des Landes. Ich bin froh, dass es dieses gegenseitige Verständnis in unserem Land gibt. Die Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden über

den kommunalen Entschuldungsfonds haben dies, wie ich finde, eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

(Baldauf, CDU: Das ist wohl wahr!)

Dass nicht wenige Einsparmaßnahmen auf dem Weg nach 2020 schmerzlich sein werden, davor sollten wir heute am Anfang dieses Prozesses, wie ich finde, nicht die Augen verschließen. Die ersten Millionen werden noch vergleichsweise einfach einzusparen sein. Danach wird es schwer, am Ende wird es uns manchmal kaum möglich erscheinen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es geht um die Dinge, die den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen lieb und wichtig geworden sind. Es geht um die Dinge, an die sie sich gewöhnt haben. Es geht um die Dinge, von denen sie nicht geglaubt haben, als man sie gefragt hat, ob sie dafür seien, dass der Staat sich zukünftig nicht mehr verschulden würde, dass die dann zur Disposition stehen könnten. Und es geht auch darum, dass wir, die Politikerinnen und Politiker aller Parteien, es nicht ganz so plastisch und laut erzählt haben, wie schwer das werden könnte.

Ich bin deshalb fest davon überzeugt, dass wir einen anderen gesellschaftlichen Konsens brauchen, wenn wir diese Aufgabe – keine beliebige, sondern eine, die in die Verfassung gemeißelt ist – bewältigen wollen und wenn wir nicht noch mehr Menschen in die Politikverdrossenheit entlassen wollen. Wir brauchen eine andere Art der Auseinandersetzung zwischen den Parteien und ein anderes bundesstaatliches Verständnis zwischen den Gebietskörperschaften. Mit dem schlichten Hinweis,

dass alles einfacher wäre, wenn die anderen nicht alles falsch machen würden, werden wir auf diesem schwierigen Weg sicherlich nicht alles richtig machen.

(Eymael, FDP: Das haben Sie eben eindrucksvoll dargestellt!)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Wir haben Ihnen – davon bin überzeugt –

(Zuruf des Abg. Schreiner, CDU)

einen gut überlegten Vorschlag für einen Landeshaushalt 2011 vorgelegt, der konjunkturpolitisch angemessen ist, ein Haushalt, der seine wenigen finanziellen Handlungsspielräume klug nutzt, um eine exzellente Bildungspolitik stringent weiterzuentwickeln und der, eingebettet in ein schlüssiges langfristiges Konzept, das sich seiner sozialen Verantwortung bewusst ist, einen konsequenten Einstieg in die Konsolidierung der Staatsfinanzen darstellt.

Ich freue mich auf kritische und konstruktive Beratungen mit Ihnen.

(Lang anhaltend Beifall der SPD)

Präsident Mertes:

Meine Damen und Herren, wir unterbrechen die Beratung. Ich lade Sie zur morgigen Plenarsitzung um 09:30 Uhr ein.

Ende der Sitzung: 14:48 Uhr.